

UNiMUT

uniweit

interdisziplinär

STREIK ZEITUNG DER

UNI HEIDELBERG

V.i.S.d.P: FSK

Blick Zurück...

Es gab Unmut letztes Semester!

Bevor es jedoch auch in Heidelberg zu Unmutäußerungen kam, mußte es zunächst mal woanders passieren. In Berlin war es nach einer spontanen Institutsbesetzung zu einer Besetzungswelle gekommen, in Frankfurt waren die Studierenden schon Wochen am Streiken, als hier die erste Vollversammlung einberufen wurde.

Was war und was ist eigentlich los an den Universitäten? Entgegen der "Prognosen" der BildungspolitikerInnen, daß doch mit dem "Pillenknick" auch die Studierendenzahlen zurückgehen müßten, erreichte die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1988/89 einen neuen Höchststand. Auf die an einem fiktiven Bedarf irgendwann in der Zukunft orientierten 790 000 Studienplätze kommen über 1,5 Mio. Studierende. Gegenüber der sich seit 1970 verdreifachten Studierendenzahl wuchs das wissenschaftliche Personal lediglich um 15%, was eine sich entsprechend verschlechterte Relation von UnimitarbeiterInnen zu betreuten Studierenden zur Folge hat.

Die ohnehin nur mageren Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende in Baden-Württemberg wurden 1977 vollends gekappt: die Landesregierung schaffte die Verfasste Studierendenschaft,

und damit auch die Interessensvertretungsorgane der Studierenden (auf Fakultätsbene die Fachschaften, uniweit das StudentInnenparlament und der Asta), ab und ersetzten sie durch einzelne VertreterInnen in den Fakultätsräten sowie im großen und kleinen Senat. Diese VertreterInnen wurden zur Verwirrung auch noch "Asta" genannt. Außer dem Namen hat dieser neue "Asta", genannt Kasträ (kastrierter Asta) mit dem alten nichts mehr gemein, darf sich doch der Kasträ lediglich um die musischen, geistigen und sportlichen Interessen der Studierenden kümmern, hat also nicht einmal ein hochschulpolitisches Mandat und steht obendrein unter der Finanzaufsicht des Rektors.

Je höher mensch in der universitären Hierarchie steigt, desto seltener sind Frauen. Liegt in Heidelberg der Anteil der weiblichen Studentinnen bei 50%, finden sich unter den ProfessorInnen gerade noch zwischen 2 und 3%.

Bafög gibt es nur noch als Vollدارleben, und der immer kleiner werdende Kreis derjenigen, die noch in den Genuss von Bafög kommen, klagt über zu niedrige Fördersätze. Inzwischen ist es längst Normalfall für Studierende, in den Semesterferien Jobben zu müssen und weniger studieren zu können.

Schließlich sorgt noch die Bundesregierung mit ihrer unsozialen Wohnungsbaupolitik sowie die Stadt Heidelberg mit einer Sanierungspolitik, die die Mieten in schwindelerregende Höhen treibt, dafür, daß sich Studierende mit allen anderen ärmeren Schichten einen gnadenlosen Konkurrenzkampf um die wenigen erschwungenen Wohnungen liefern.

weiter auf S. 2

NR 7

HURRA! WIR SCHREIBEN NOCH!!!



Stimmung für Mitbestimmung?

Mitbestimmung ist in den vergangenen Monaten zu einem Schlagwort geworden, dem alle StudentInnen jubeln. Kommt darin der Wunsch zum Ausdruck, endlich selber hochschulpolitisch aktiv zu werden, um den Alltag an der Universität erfreulicher zu gestalten? Oder ist es schlicht die Zustimmung zu einer neu aufgelegten Idee, die in einer Demokratie selbstverständlich ist? Der studentische Protest wurde durch die schlechte wirtschaftliche Situation an den Hochschulen entzückt: die Misere hat aufgrund der unerwartet stark gestiegenen Zahl von StudienanfängerInnen im letzten Semester und mangelnder Reaktion darauf seitens der Politiker ein neues, unzumutbares Ausmaß angenommen. Erst in den folgenden Wochen, als man die

eigene Machtlosigkeit stärker zu spüren begann, wurde die politische Forderung nach Demokratisierung der Hochschulen, nach Mitbestimmung durch die Verfasste StudentInnenschaft laut. (Diese Entwicklung wurde in den Medien leider in den Hintergrund gedrängt.) Man muß annehmen, daß die seit 1977 in Bayern und Baden-Württemberg herrschende Situation von den meisten StudentInnen bisher nicht als besonders bedrückend empfunden wurde. Ist der Ruf nach Mitbestimmung also für viele unserer unpolitischen Generation nur Mittel zum Zweck, nämlich die wirtschaftlichen Forderungen nach mehr Hörsälen, Lehrkräften etc. durchzusetzen, oder hat sich in den akademischen Geistern ein Bewußtseinswandel vollzogen? - Ein Bewußtseinswandel hin zum Willen, selber...

weiter auf Seite 2

Früchte des Aufstands

Das Hochschul-Sonderprogramm

Was haben wir mit unseren Aktionen des letzten Semesters erreicht? - Wie zu erwarten war, wurde die am leichtesten zu befriedigende, weil politisch harmloseste Forderung nach materieller Soforthilfe für die Hochschulen von den Politikern schnell aufgegriffen. Sie antworteten darauf mit einem groß angekündigten Sonderprogramm, das von Bund und Ländern getragen wird. Inwieweit Heidelberg dabei berücksichtigt wird, geht aus einer Pressemitteilung des Rektors hervor. Die Uni erhält 22 Personalstellen und mehr als 1,5 Millionen Mark. Damit sollen insbesondere in den Geisteswissenschaften, in naturwissenschaftl. Praktika und in den Bibliotheken die größten Löcher gestopft werden.

- 15 Stellen im wissenschaftlichen Dienst verteilen sich auf: Rechtswiss. (4), IUD (3), Sprachlabor (3); Musikwiss., Sinologie, Japanologie, Archäologie und Erziehungswiss. je eine Stelle. Weiterhin gibt es sechs Stellen für Bibliotheksinspektoren und eine im techn. Dienst des Sprachlabors.

- 166 000 Mark sollen für wiss. Hilfskräfte in den Fächern Rechtswiss., Archäologie, Sinologie, Kunstgeschichte, Übersetzen/Dolmetschen, Erziehungswiss. und im Sprachlabor ausgegeben werden. Für weitere Löhne (z.B. Bibliotheksaufsicht) stehen 120 000 Mark bereit.

weiter auf S.2



Blick zurück..

Mitte Dezember kam auch Bewegung unter die Studierenden Heidelbergs. So beschloß die Vollversammlung in der überfüllten Aula, eine Demonstration unter 4 Hauptforderungen durchzuführen. Diese waren: Quotierung, bis alle Stellen zu 50% mit Frauen besetzt sind; Mitbestimmung, zu erreichen durch eine Wiedereinführung der Verfaßten Studierendenschaft; Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden sowie ein Sofortprogramm für die Lehre. Die Demo wurde mit über 5000 TeilnehmerInnen die größte, die Heidelberg seit langem erlebt hatte.

Außerdem fanden eine Reihe weiterer Aktionen statt, um die Öffentlichkeit auf die Lage und der daraus folgenden Forderungen der Studierenden aufmerksam zu machen: öffentliche Freiluftvorlesungen, Übungen in Straßenbahnen, ein Sleep-In und eine Hüttenbauaktion zur Veranschaulichung der Wohnungsproblematik, Adventsingens mit etwas anderen Texten, Transparente tauchten immer mal wieder auf und anderes mehr.

Besonders wichtig waren auch Entwicklungen unter den Studierenden. Um die Diskussion weiter zu verbreitern, wurden Lehrveranstaltungen umfunktioniert. Um die Ursachen der Misere analysieren und die Forderungen präzisieren zu können, wurden Arbeitsgruppen notwendig. So fanden im Fachbereich Mathematik/Physik Aktionstage statt, die Theologiestudierenden beispielsweise versuchten, durch einen Streik Zeit zu organisieren.

Als weitere Fachbereiche Streik beschlossen, griff diese Idee auch auf die Vollversammlung über. Für eine Woche im Januar war Streik angesagt in Heidelberg. Wöchentlich wurde offensiv in Aktionen die Öffentlichkeit gesucht und in den Arbeitsgruppen gearbeitet.

Selten war die Stimmung an der Uni so aufgelockert und kommunikativ. Die meisten Arbeitskreise arbeiten über die Zeit des Streiks hinaus, so daß wir nun die Früchte der Arbeit ernten dürfen: In weiteren Autonomen Seminaren, Readern, mit der SommerUni etc. In der Streikwoche fand auch eine landesweite Demo in Stuttgart mit 17 Bussen aus HD statt.

Nach einer Woche unweiten Streiks beschloß die Uni-VV die Aussetzung des Streiks bei Fortführung von Aktionen und Arbeitskreisen. Auf einer VV in diesem Semester soll beschlossen werden, wie es weitergehen soll. Bis dahin müssen verschiedene



Fragen besprochen sein: Was halten wir von den Reaktionen der PolitikerInnen auf unseren Protest? Was haben wir erreicht? Was kann ein Streik leisten? Wie muß er aussehen, um politischen Protest darstellen zu können?

Dank an die unbekannte Autorin im Math/Phys AnfängerInnen-Info! Überarbeitung von Lisa u. AFK.



Bafög - Schwindel

Mölleremann kürzt Förderung

In seiner Veröffentlichung "Informationen Bildung Wissenschaft" Nr. 3/89 stellte Bildungsminister Mölleremann den Entwurf für eine strukturelle Umgestaltung des Bafög vor, deren Inkrafttreten zum 1. Juli 1990 geplant ist. Die 44-seitige Selbstdarstellung Mölleremanns beginnt mit der Schlagzeile "Ausbildungsförderung wird ausgeweitet". Unter anderem verspricht er "größere soziale Gerechtigkeit" für Familien mit kleinem bis mittlerem Einkommen. Gerade diese Familien liegen oft knapp über der Bafög-Einkommensschwelle, können aber ein Studium ihrer Söhne/Töchter nur unter unzumutbaren Belastungen finanzieren. Die Worte und Taten des Ministers stehen jedoch in seltsamem Wider-

spruch zueinander. Wieviel von den wohlklingenden Phrasen zu halten ist, zeigt ein Artikel des Mannheimer Morgen vom 11. April; der Zeitung liegen interne Papiere des Bildungsministeriums vor. Ohne jede öffentliche Ankündigung veranlaßte Mölleremann durch interne Behördenanweisungen an die Länder und deren Bafög-Stellen erhebliche Förderungskürzungen ab 1. April. Betroffen sind einige zehntausend StudentInnen, die Geschwister in privatwirtschaftlicher Ausbildung haben. Deren Lehrlingsgeld soll jetzt dem Familien-einkommen zugerechnet werden, wodurch sich der Förderungssatz empfindlich vermindert bzw. viele StudentInnen ganz leer ausgehen werden. Dieses Sparkurstück trifft gerade diejenigen am härtesten, die nach Mölleremanns Worten besser wegkommen sollten, nämlich Familien mit eher bescheidenem Geldbeutel und vielen Kindern.

Marco

TERMIN

Interdisziplinäres Seminar
"... denn wir wissen nicht, was wir tun..." Naturwissenschaft und Verantwortung
DO, 19.00 Philosophenweg 19

Auch die nächsten Nummern sollen eure Termine bringen, doch dazu müßt ihr sie uns natürlich auch zukommen lassen. Das **Aktionsbuch** im Kasträ ist der Ort, wo wir alles zur Kenntnis nehmen können. Also tragt dort alles ein!!!!!!!

Früchte des...(Forts.)

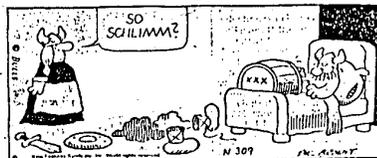
- Der Löwenanteil der Sachmittel, nämlich 520 000 Mark, fließt in die Modernisierung von Praktika in der Chemie, Physik, Biologie, Geologie und Mineralogie.

- Wissenschaftl. Literatur ist den Planern 466 000 Mark wert. Das restliche Geld verteilt sich wie folgt: 172 000 für die Geräteausstattung im ID und im Sprachlabor; 72 000 für sonstige Aufwendungen.

Das macht insgesamt tatsächlich einen eindrucksvollen Betrag von 1,516 Millionen Mark, beziehungsweise ungefähr ermüchtende 50 Mark je Heidelberger StudentIn. Zweifelloser, bei vernünftiger Verwendung des Geldes lassen sich vielleicht die schlimmsten Zustände vorläufig beheben. Alle schönen Worte und Zahlen können jedoch über zwei Tatsachen nicht hinwegtäuschen:

I) Insgesamt erhalten die Hochschulen in Ba-Wü 240 Stellen und 18,8 Millionen Mark aus dem Sonderprogramm. Der Anteil Heidelbergs am Kuchen fällt, gemessen an den StudentInnenzahlen, prozentual mager aus. Warum?

ist die FSK am ende?



Am letzten Dienstag gingen die Fachschafter am letzten Dienstag abend in den Kasträ, doch das was sie dort erwartete, war alles andere als ein Anlass zur Freude, denn gerade noch 11 (In: Worten elf) Leuten waren dort versammelt, um das zu üben, was wir uns selbst genommen hatten, da es uns von Staats wegen verweigert wurde: Demokratie.

Weil in Heidelberg weder BWL noch Informatik vertreten sind, welche vom Sonderprogramm schwerpunktmäßig gefördert werden sollen. Die Tendenz, nur wirtschaftlich relevante Fächer auf Kosten der Geisteswissenschaften zu fördern, setzt sich im Sonderprogramm fort.

II) Ein Trostpflaster reicht nicht aus. Am 28. März berichtete die Frankfurter Rundschau über ein brisantes internes Papier der Kultusministerkonferenz, die "Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010". Nach den neuesten Berechnungen der Statistiker sieht die

Ich finde, daß bei solch üppiger Beteiligung von Seiten der Fachschaften, wirklich nicht zu erwarten ist, daß die FSK alle Studierenden vertritt und darum kann die Konsequenz nur heißen: DIE FSK BRAUCHT LEUTE AUS ALLEN FACHBEREICHEN! KOMMT NÄCHSTEN DIENSTAG IN DIE FSK !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

- Selbst bei Reduzierung der Studienzeiten würden die Zahlen in den 90ern nicht unter 1,4 Millionen sinken. Für das Jahr 2010 werden 1-1,19 Millionen StudentInnen erwartet.

Der Grund für diese Entwicklung liegt hauptsächlich darin, daß die sinkenden Schülerzahlen durch eine steigende Quote von Studierwilligen überkompensiert werden. Angesichts dessen ist es lächerlich, daß die 22 neuen Stellen auf eine Zeit von sechs Jahren befristet sind. Mit Sonderprogrammen ist nichts erreicht. Die Probleme werden sich nicht von selbst auflösen, sondern verschlimmern, wenn drastische, langfristige Änderungen der Hochschulpolitik ausbleiben. Daß wir durch phantasievollen Protest mit großer Beteiligung grundsätzlich etwas erreichen können, haben wir jetzt gesehen. Es gibt noch viel zu tun!

Marco

(tschuldigung, es muß natürlich auch heißen: PolitikerInnen, PlanerInnen, StatistikerInnen,...

Stimmung für...(Forts.)

Studienpläne zu gestalten, die Universität in der gesellschaftlichen Landschaft mitzulieken, damit sie nicht auf solche Irrpfade gerät, in denen die Geisteswissenschaften austerben und die Naturwissenschaften in goldener Blüte strahlen.

Die Ergebnisse der Boykottwochen in Heidelberg lassen hoffen, daß tatsächlich ein Wandel oder zumindest eine Sensibilisierung stattgefunden hat. Wenn nicht, so wird sich, auch wenn wir die Mitbestimmung durchsetzen, unsere Lage nicht wesentlich verbessern. Denn dann würde ein etwaiges StudentInnenparlament aufgrund mangelnden Engagements und Interesses, keine von der Studentenschaft anerkannte Arbeit leisten. Es würde zu einem rückhaltlosen Debattier-Club verkommen, dessen Mitglieder ähnlich mitleidig belächelt würden, wie die Zettelverteiler am Mensaeingang. In den Bundesländern, in denen gesetzliche StudentInnenvertretungen existieren - und deren Hochschulen sich von den süddeutschen nicht so sehr unterscheiden -, war das bisher der Fall. Die demokratischen Strukturen an der Universität müssten so beschaffen sein, daß jeder zu jeder Zeit die Möglichkeit zur Mitarbeit und Meinungsausschüttung hat und auch Interesse daran entwickelt. Andernfalls müssen sich die studentischen VertreterInnen den Vorwurf der unzureichenden Legitimation gefallen lassen.

Einen Gesetzesentwurf zur Studierendenschaft haben die JUSO Hochschulgruppen in den "Heidelberger Blättern" No. 1/89 veröffentlicht. Die SPD-Landtagsfraktion arbeitet zur Zeit an einem solchen Entwurf.

Ulrich Spinola

UNI 2010

so aus:

- Für das vergangene Jahr wurden 1 470 500 StudentInnen gezählt. Anstatt, wie bisher von den Planern vorausgesetzt, auf 800 000 bis 850 000 zu sinken, werden die Zahlen anfang der 90er Jahre auf über 1,5 Millionen steigen.